



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-26144

Fax: (0221) 221-26005

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 11.03.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 08.03.2016, 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Frank Schneider	SPD
Frau Hamide Akbayir	DIE LINKE
Frau Polina Frebel	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Dagmar Paffen	auf Vorschlag der SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU
Frau Ira Sommer	CDU
Frau Gräfin Alexandra von Wengersky	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Renate Domke	auf Vorschlag der FDP

Beratende Mitglieder

Frau Liane Bchir	AFD
Frau Judith Wolter	pro Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
---------------------	-----------

Beratende Mitglieder

Herr Ulf Florian	SPD
Frau Helga Schlapka	auf Vorschlag der SPD
Herr Joachim Geyszel	auf Vorschlag der CDU

Herr Heinz Klein	auf Vorschlag der CDU
Thomas Roszbach	CDU
Herr Stephan Horn	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dieter Schöffmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Felix Schneider	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Wande	auf Vorschlag der FDP

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Dr. Höver	02-1, Bürgeramt Innenstadt
Herr Schmitz	02-1/4, Bürgeramt Innenstadt
Herr Bosse	15, Amt für Stadtentwicklung
Herr Knecht	69, Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Höhn	KVB

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Gülgün Durdu	DEIN KÖLN
Herr Stefan Fischer	GRÜNE

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet er Frau Liane Bchir (AfD), Frau Felicitas Vorpahl-Allweins (Seniorenvertreterin) und Frau Hedwig Krüger-Israel (stellv. Seniorenvertreterin) als Mitglieder des Ausschusses gemäß § 5 der Hauptsatzung.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, berichtet über den Sachstand hinsichtlich des Ratsbeschlusses zur Neubenennung des Ausschusses. Das Konzeptionsgremium „Beteiligungskultur für Köln“, in welchem er Mitglied ist, wird sich in seiner Arbeitsphase mit diesem Ratsbeschluss befassen und Vorschläge für eine Neubenennung erarbeiten, die nach Möglichkeit mit einer Aufgabenerweiterung des Ausschusses einhergehen soll. Herr Thelen wird den Ausschuss jeweils über den aktuellen Sachstand informieren

Herr Schneider, SPD, spricht sich für die Behandlung der Angelegenheit im Rahmen eines regulären Tagesordnungspunktes aus.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, teilt ergänzend mit, dass die Benennung des Ausschusses zum jetzigen Zeitpunkt exakt der derzeitigen Aufgabenstellung gemäß § 24 der Gemeindeordnung entspreche. Die Verwaltung wird den Ausschuss im Rahmen einer Mitteilungsvorlage zusätzlich über den Sachstand informieren.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

- 2.1 Jahresbericht des Ausschusses
0015/2016
- 2.2 Zurückgewiesene Bürgereingabe - Bebauungsplan "Südlich Ottoplatz" Erhalt von drei Platanen (Az.: 02-1600-163/15)
0280/2016
- 2.3 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, Verbot von Burka und Nikab in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen (Az.: 02-1600-11/16)
0391/2016
- 2.4 Verfahrensdauer für Baugenehmigungen bei der Stadt Köln
3838/2015
- 2.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Kinderhort Spichernstraße, Weiterleitung an den Jugendhilfeausschuss gem. § 14 Absatz 7 Hauptsatzung (Az.: 02-1600-166/15)
0433/2016
- 2.6 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, Unterbringung von Flüchtlingen (02-1600-160/15)
0542/2016

3 Anfragen

- 3.1 Mündliche Anfragen
- 3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parkerleichterungen für Übungsleiter / Trainer im Umfeld des Genovevabades in Köln-Mülheim (Az.: 02-1600-78/15)
2932/2015
- 4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Feinstaub- und Lärmbelastung im Blücherpark / Errichtung von Lärmschutz (Az.: 02-1600-131/15)
4039/2015
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, KVB-Buslinie 127 (Az.: 02-1600-111/15)
3850/2015

5 weitere Verwaltungsvorlagen

- 5.1 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender
0189/2016

II. Nichtöffentlicher Teil

6 Mitteilungen

7 Anfragen

- 7.1 Mündliche Anfragen

- 7.2 Schriftliche Anfragen

8 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Mitteilungen

2.1 Jahresbericht des Ausschusses 0015/2016

Kenntnis genommen.

Herr Schneider, SPD, fragt nach, weshalb die Beschlussvorlage zur Steuerermäßigung für Diabetikerwarnhunde nicht wie vorgesehen in der Ratssitzung am 02.02.2016 beraten wurde.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Des Weiteren fragt er nach, wann die KölnBäder die zugesagte Pfandregelung anstelle der Gebühren für die Vorteilskarte einführen.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, kündigt an, vor der Sommerpause erneut eine Pressekonferenz über die Arbeit des Ausschusses durchzuführen.

2.2 Zurückgewiesene Bürgereingabe - Bebauungsplan "Südlich Ottoplatz" Erhalt von drei Platanen (Az.: 02-1600-163/15) 0280/2016

Kenntnis genommen.

2.3 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, Verbot von Burka und Nikab in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen (Az.: 02-1600-11/16) 0391/2016

Kenntnis genommen.

2.4 Verfahrensdauer für Baugenehmigungen bei der Stadt Köln 3838/2015

Kenntnis genommen.

2.5 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Kinderhort Spichernstraße, Weiterleitung an den Jugendhilfeausschuss gem. § 14 Absatz 7 Hauptsatzung (Az.: 02-1600- 166/15) 0433/2016

Kenntnis genommen.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, teilt mit, dass sich der Petent in Folge des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses erneut an die Geschäftsstelle gewandt hat. Die Verwaltung wird

daher eine Beschlussvorlage in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Anregungen zur Beratung einbringen.

2.6 Zurückgewiesene Bürgereingabe gem. § 24 GO, Unterbringung von Flüchtlingen (02-1600-160/15) 0542/2016

Kenntnis genommen.

3 Anfragen

3.1 Mündliche Anfragen

3.2 Schriftliche Anfragen

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

4.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Parkerleichterungen für Übungsleiter / Trainer im Umfeld des Genovevabades in Köln-Mülheim (Az.: 02-1600-78/15) 2932/2015

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, stellt die ergriffenen Maßnahmen der Verwaltung infolge des Ortstermins dar. Aus Sicht der Verwaltung scheint eine Einigung der Petenten mit den KölnBädern hinsichtlich des Parkens im Rondell vor dem Schwimmbad angezeigt.

Aufgrund der Ergebnisse des Ortstermins regt Herr Thelen, Grüne, folgenden geänderten Beschluss an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss bittet die KölnBäder herzlich, im Sinne der Ergebnisse des Ortstermins, eine Einigung mit der DLRG und den weiteren Petenten im Hinblick auf die Parkplätze am Genovevabad zu finden.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss bittet die KölnBäder herzlich, im Sinne der Ergebnisse des Ortstermins, eine Einigung mit der DLRG und den weiteren Petenten im Hinblick auf die Parkplätze am Genovevabad zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Feinstaub- und Lärmbelastung im Blücherpark / Errichtung von Lärmschutz (Az.: 02-1600-131/15) 4039/2015

Die Petentin begründet ausführlich ihre Eingabe. Sie verweist sowohl auf die Lärm-, als auch auf die Schadstoffbelastung in dem genannten innerstädtischen Bereich der BAB 57.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist auf die Vorberatungsergebnisse der Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Nippes hin.

Herr Knecht, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, stellt dar, dass sich der Bund für die Errichtung einer Lärmschutzmauer an dieser Stelle nicht zuständig sehe, da es sich beim Blücherpark um ein Erholungsgebiet handele. Aufgrund dessen müsste die Stadt Köln die nach einer ersten groben Schätzung entstehenden Kosten in Höhe von 3.000.000 € selber tragen. Des Weiteren müssten Teile des Blücherparks überbaut werden.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, weist auf eine Mitteilung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung hin, die sich mit den Lärm- und Feinstaubemissionen im Bereich der Grundschule Ottostraße befasst. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung werde hier weitere Messungen von der Verwaltung verlangen.

Herr Hammer, Grüne, fragt nach, ob das bereits im Bereich der Schule bestehende Tempolimit von 50 km/h bis auf Höhe des Blücherparks erweitert und besser begründet werden könne. Zudem regt er einen kostengünstigeren Lärmschutz durch eine andere Geländemodellierung, z.B. durch eine andere Bepflanzung, an.

Herr Schneider, SPD, fragt nach, ob es zutrefte, dass die Errichtung einer Lärmschutzwand im Blücherpark zu einer vermehrten Lärmbelastung des gegenüberliegenden Ehrenfelder Wohngebietes führe.

Herr Knecht, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass dies durchaus eintreten könnte.

Frau Akbayir, Linke, fragt nach, ob es der Petentin vorrangig um Lärm- oder um Schadstoffbelastung gehe. Sie regt an, durch vermehrte Randbepflanzungen eine Reduzierung der Lärmbelastung im Blücherpark zu erreichen.

Die Petentin führt aus, dass eine Reduzierung der Schadstoffbelastungen lediglich durch eine Reduzierung des PKW-Verkehrs zu erreichen sei. Daher gehe es ihr vorrangig um die Reduzierung der Lärmbelastung.

Herr Knecht, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass es nach Auskunft des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik strenge rechtliche Vorgaben für die Ausweisung von Tempolimits gebe. Eine Ausweitung müsste daher von dort geprüft werden.

Die Anpflanzung von Bäumen sei eher unter visuellen Aspekten zu sehen. Eine messbare Reduzierung von Lärm sei nicht zu erwarten.

Herr Erkelenz, CDU, spricht sich ebenfalls gegen die Errichtung einer Lärmschutzwand aus, da hier Belastungen für die Ehrenfelder Bevölkerung zu erwarten seien. Er fragt nach, ob Schätzungen zur Feinstaubbelastung vorliegen. Die Mitteilung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung habe ausgeführt, dass eine Temporeduzierung zu einer Erhöhung der Schadstoffbelastung führen kann. Der Verkehrsausschuss habe am 09.03.2015 die Errichtung der Lärmschutzwand abgelehnt.

Herr Knecht, Amt für Brücken und Stadtbahnbau, teilt mit, dass laut Auskunft des Umweltamtes keine aktuellen Messwerte vorlägen. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Schulentwicklung und der Gebäudewirtschaft würden aber derzeit Maßnahmen abgestimmt.

Herr Schneider, SPD, spricht sich gegen die Errichtung einer Lärmschutzwand aus. Er regt eine Verweisung an den Ausschuss für Umwelt und Grün zur Prüfung alternativer lärmreduzierender Maßnahmen im Rahmen des Lärmaktionsplans an.

Frau Aymaz, Grüne, spricht sich ebenfalls gegen die Errichtung einer Lärmschutzwand aufgrund der dargestellten Gründe aus. Es werde aber eine Initiative im Verkehrsausschuss zu einer besseren Begründung des Tempolimits geben.

Herr Pohl, CDU, sieht ebenfalls keine Möglichkeit zur Errichtung einer Lärmschutzwand. Zu der von Herrn Schneider angeregten Aufnahme in den Lärmaktionsplan merkt er an, dass die Lärmreduzierung des Blücherparks ausdrücklich in den Plan aufgenommen werden sollte, um eine Prüfung sicherzustellen.

Aufgrund des Beratungsverlaufs regt Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, folgenden geänderten Beschluss an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe, spricht sich jedoch gegen die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang des Blücherparks zur BAB 57 aus. Er bittet jedoch den Ausschuss für Umwelt und Grün, sich im Rahmen des Lärmaktionsplans um eine Verringerung des Lärmeintrags im Blücherpark zu kümmern.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe, spricht sich jedoch gegen die Errichtung einer Lärmschutzwand entlang des Blücherparks zur BAB 57 aus. Er bittet jedoch den Ausschuss für Umwelt und Grün, sich im Rahmen des Lärmaktionsplans um eine Verringerung des Lärmeintrags im Blücherpark zu kümmern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, KVB-Buslinie 127 (Az.: 02-1600-111/15) 3850/2015

Der Petent hat sich entschuldigt.

Herr Höhn, KVB, stellt dar, dass die derzeitige Linienführung seit Dezember 2014 mit 20 Fahrten pro Tag und Richtung angeboten wird. Die Linie 127 verkehrt zwischen 9.00 Uhr und 19.00 Uhr im Halbstundentakt zwischen Ebertplatz und Lentpark. Diese Linienführung wurde nach kontroverser Diskussion in den Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes sowie im Verkehrsausschuss beschlossen. Im Frühling 2015 wurden die ersten Fahrgastzahlen erhoben. Damals gab es 35 Fahrgäste pro Tag Richtung Lentpark und 7 Fahrgäste pro Tag Richtung Ebertplatz. Eine Wiederholung der Zählung im Herbst 2015 ergab, dass nunmehr 39 Fahrgäste pro Tag den Bus Richtung Lentpark und 19 Fahrgäste pro Tag Richtung Ebertplatz nutzen. Diese Zahlen zeigen im Vergleich zu anderen Buslinien, eine sehr geringe Auslastung. Dieses zusätzliche Angebot verursacht Betriebskosten in Höhe von 180.000 Euro im Jahr. Der bisher nicht erfolgte notwendige Ausbau des Straßenraums verursacht zusätzliche Kosten in Höhe von 125.000 Euro. Das von 2012 bis 2014 angebotene Anrufsammeltaxi wurde von ca. 10-15 Fahrgästen pro Monat genutzt. Hier fielen Betriebskosten in Höhe von 3.000 – 4.000 Euro im Jahr an. Dieses wird weiterhin angeboten, wird aber fast nicht mehr in Anspruch genommen.

Herr Pohl, CDU, weist darauf hin, dass der Petent der damaligen Bürgereingabe darauf hingewiesen habe, dass dieses Angebot besser beworben werden sollte.

Herr Höhn, KVB, führt aus, dass die neue Linienführung anfangs beworben wurde, z.B. im Lentpark. Allerdings sei die Nutzung sehr stark von den faktischen Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger abhängig, so dass Werbung hier nur bedingt nützlich sei.

Herr Schneider, SPD, gibt zu bedenken, dass der Verkehrsausschuss in dieser Angelegenheit um die Vorlage aktueller Fahrgastzahlen gebeten habe. Er spricht sich dafür aus, dass sich der Ausschuss vor einer Beschlussfassung ebenfalls diese Zahlen vorlegen lässt.

Herr Höhn, KVB, teilt mit, dass diese Zahlen dem Verkehrsausschuss voraussichtlich in der Aprilsitzung vorgelegt werden. Die bisher erhobenen Daten lassen aber erahnen, dass keine wesentlichen Steigerungen zu erwarten sind.

Herr Dr. Höver weist darauf hin, dass der Ausschuss einen Beschluss vor der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses fassen sollte, damit dieser in die Entscheidung einfließen kann.

Frau Akbayir, Linke, regt an, einen kleineren Bus auf der Linie einzusetzen, um die Betriebskosten zu senken.

Herr Höhn, KVB, führt aus, dass hierdurch keine Senkung der Kosten erreicht werde. Im Gegenteil sei eher mit einer Steigerung der Kosten zu rechnen, da ebenfalls ein Fahrer eingesetzt und ein zusätzliches Fahrzeug nur für diesen Streckenabschnitt benötigt werde.

Frau Domke, FDP, regt einen Verweis in den Verkehrsausschuss ohne Votum an.

Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, merkt an, dass er keine signifikanten Änderungen der Fahrgastzahlen erwarte. Aufgrund dessen könne der Ausschuss durchaus eine Empfehlung aussprechen.

Frau Vorpahl-Allweins, Seniorenvertreterin, weist auf die mangelnde Akzeptanz des Anrufsammeltaxis hin.

Herr Hammer, Grüne, stellt dar, dass sich in unmittelbarer Nähe keine barrierefreie Haltestelle befinde. Dies sei ebenfalls ein Grund für die Verlängerung der Linie 127 gewesen. Es stelle sich somit die Frage, wie mobilitätseingeschränkte Personen bei Änderung der Linienführung den Lentpark erreichen können. Daher sollten kostengünstigere Alternativen für die ÖPNV-Anbindung des Lentparks geprüft werden.

Herr Schneider, SPD, gibt zu bedenken, dass sich der Ausschuss seinerzeit nach intensiver Diskussion bewusst für die heutige Lösung entschieden hat. Vorrangig sollte eine barrierefreie Anbindung des Lentparks sichergestellt werden. Er spricht sich daher ebenfalls für die Prüfung von sinnvollen Alternativen aus.

Herr Höhn, KVB, sagt zu, dass die KVB nach einem entsprechenden Beschluss dem Verkehrsausschuss entsprechende Vorschläge unterbreiten werde.

Aufgrund des Beratungsverlaufs regt Herr Ausschussvorsitzender Thelen, Grüne, folgenden geänderten Beschluss an:

„Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und bittet die Verwaltung, die KVB sowie den Verkehrsausschuss, eine kostengünstigere Alternative für die barrierefreie Anbindung des Lentparks zu finden.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe und bittet die Verwaltung, die KVB sowie den Verkehrsausschuss, eine kostengünstigere Alternative für die barrierefreie Anbindung des Lentparks zu finden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 weitere Verwaltungsvorlagen

5.1 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender 0189/2016

Frau Brauckmann; Mitglied in der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender, begründet die Beschlussfassung und bittet den Ausschuss um Zustimmung.

Frau Aymaz, Grüne, begrüßt die Einbringung der Beschlussvorlage am Weltfrauentag. Sie spricht sich dafür aus, der Anregung der StadtAG zu folgen.

Herr Schneider, SPD, dankt für die Einbringung dieses Vorschlages und spricht sich für die Beschlussvorlage aus. Er weist auf die Zuständigkeit der Bezirksvertretungen hin und bittet um entsprechende Verweisung.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist ebenfalls auf die Zuständigkeit der Bezirksvertretungen in dieser Angelegenheit hin. Der Beschlussvorschlag sei aufgrund dessen entsprechend formuliert.

Herr Pohl, CDU, Frau Akybayir, Linke und Frau Domke, FDP, sprechen sich ebenfalls für die Beschlussvorlage aus.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden schließt sich dem Vorschlag der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender an und bittet die zuständigen Bezirksvertretungen, diesen zukünftig bei Benennungen von Straßen und Plätzen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

gez.

Thelen

Vorsitzender

gez.

Schmitz

Schriftführer